

Die Hilfsaktion für die galizischen Advokaten.

In den Räumen der niederösterreichischen Advokatenkammer fand heute nachmittag eine neuerliche Delegierten-sitzung der in Wien sich aufhaltenden galizischen Advokaten statt. Außer den Präsidenten und Ausschußmitgliedern der Kammern Krakau, Lemberg und Przemyśl hatten sich auch die Reichstatsabgeordneten Dr. Adolf Groß, Dr. Polischer, Dr. v. Löwenstein, Rauch und Dr. Steinhaus, dann die Mitglieder des Fürsorgeausschusses für die Advokaten Galziens und der Butowina eingefunden. In dem Berichte wurde festgestellt, daß eine große Anzahl von Advokaten und Advokaturkandidaten mit ihren Familien hier der bittersten Not preisgegeben seien, weil ihnen jegliche Möglichkeit zu Erwerb fehlt und eine ausreichende Unterstützung nicht erzielt werden konnte. Die Regierung hatte sich ursprünglich bereit erklärt, den Advokaten 15 K. für ihre Frauen 7 K. und für jedes Kind 5 K. als Unterstützungsdarlehen wöchentlich zu bewilligen. Die Kammern hatten sich bereit erklärt, bis zur Hälfte dieser Darlehen die Bürgschaft zu übernehmen, den Unterstützungsbeitrag aber in folgender Weise beantragt: Für einen Advokaten 20 K., für einen Konzipienten 15 K., für die Frauen 10 K. für Kinder über 15 Jahre je 10 K. für Kinder unter 15 Jahre je 5 K. wöchentlich. Die Regierung zeigte sich anfangs nicht abgeneigt, auf diesen Vorschlag einzugehen, doch wurde er bisher nicht durchgeführt. Nun geriet aber die Auszahlung wiederholt ins Stocken; einzelne sehr bedürftige Advokaten erhielten wochenlang überhaupt nichts, trotzdem die Regierung bereits einen Betrag von fast 200.000 K. für diesen Zweck verausgabt hat. Die Regierung beanstandete auch, daß sich Advokaten um das Unterstützungsdarlehen beworben haben, die nicht unbedingt darauf angewiesen seien, worauf entgegengehalten wurde, daß es sich nach Auffassung dieser um ein rückzahlbares Darlehen handle, dessen Erlangung den ferne vom Berufe befindlichen Advokaten ein längeres Auskommen mit den eigenen Geldmitteln ermögliche. Einzelne besonders traffe Fälle von Notlage galizischer Advokatenfamilien in Wien führten auch zu einer Debatte über eine Verbesserungsmöglichkeit der Auszahlungsart. Die anwesenden Abgeordneten beteiligten sich lebhaft an den Erörterungen und übernahmen es schließlich, morgen beim

Finanzminister Freiherrn v. Engel, allenfalls auch beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh behufs schneller Erzielung einer Besserung vorstellig zu werden.